

Ergebnisse des Rektorgesprächs vom 1.12.2009

1. Da die Viertelparität in Gremien durch das LHG noch nicht realisierbar ist, fordern wir im Senat eine Aufstockung auf 7 studentische Mitglieder bei Beibehaltung der bisherigen 31 Plätze. Professorale Mehrheit ist auch mit 18 Stimmen noch gegeben. Für alle anderen Gremien fordern wir mindestens ein Viertel der Stimmen.
Es gab schon einmal mehr Sitze im Senat und damit einhergehend mehr Studierendenvertreter im Gremium. Das wurde in einem neuen Universitätsgesetz, das nur noch 20 Professuren bei professoraler Mehrheit vorsah geändert.
Der Rektor befürchtet, dass bei einer Anhebung auf 7 studentische Vertreter, die anderen im Senat vertretenen Gruppen weitere Sitze einfordern. Dies habe zur Folge, dass der Senat extrem aufgebläht wurde.
Der Rektor wird die Forderung allerdings in den Senat tragen.
2. Die uniinternen Gruppen sollen umfassend und zeitig informiert werden, vor allem bevor ein Informationsfluß in die breite Öffentlichkeit stattfindet. Dafür fordern wir die Abschaffung der Verschwiegenheitspflicht in allen Gremien. Gleichzeitig fordern wir die Einrichtung oder Nutzung schon bestehender Internetplattformen, auf denen uniinterne Informationen leicht zugänglich gemacht werden sollen. Auch über die Veröffentlichung von Ergebnisprotokollen aus allen Gremien (Datenschutz muss dabei beachtet werden, Namen gelöscht werden).
Laut Rektor gibt es im Fakultätsrat keine Verschwiegenheitsklausel. Jedoch sieht er ein Bedarf, den Informationsfluss in die Fakultäten und aus den Fakultäten zu verbessern. Die Ergebnisprotokolle des Senats sind bereits online einsehbar. Ähnliches ist für Ergebnisprotokolle des Fakultätsrats vorstellbar.
Protokolle von Berufungskommissionen sollen aber nicht veröffentlicht werden
Alles in Allem wird dieser Punkt im Rektorat noch diskutiert
3. Wir fordern ein Überdenken des sogenannten Rasenmäherprinzips bei globalen Kürzungen unter Einbeziehung der universitären Gremien.
Eine Abschaffung des Rasenmäherprinzips ist nur möglich, wenn neue Pläne zu uneinheitlichen Einsparungsmöglichkeiten vorgelegt werden. Für studentische Vorschläge ist das Rektorat offen.
4. Wir fordern studentische Beteiligung in allen überuniversitären Entscheidungsgremien (LRK, KMK), auch den informellen.

Es wird eine einmalige Einladung für Studierende zur LRK zum Thema VS erfolgen. Allgemeine Beteiligung der Studierenden wird aufgrund einer Aufblähung der Veranstaltungen abgelehnt.

Die Forderung wird im Senat eingebracht (aber wenig Erfolgschancen)

5. Die Exzellenzinitiative als staatliche Drittmittelvergabe fördert als solche eine Wettbewerbssituation innerhalb und unter den Hochschulen. Gleichzeitig bindet sie an den Universitäten massiv Arbeitskraft, -zeit und -mittel im Bewerbungsprozeß. Beides ist abzulehnen. Und deshalb auch die Teilnahme an der Exzellenzinitiative. Wir fordern Qualität in der Breite, keine Elitenbildung. Und lehnen ein Ungleichgewicht innerhalb der Uni zugunsten der Forschung ab.

Rektorat wird die Forderung definitiv nicht einhalten (Argumentation: - gute Forschung = gute Lehre, Sponsorengelder bei Erfolg). Es erkennt jedoch den massiven Arbeitseinsatz an und stimmt mit uns überein, dass aus den Konsequenzen des Wettbewerbs kein Qualitätsrückgang in der Lehre resultieren darf.

Die Vertreter der Hochschulleitung verweisen auf den Systemzwang, in dem sich die Hochschulen befinden. Sie sehen jedoch keine Möglichkeit aus diesem auszusteigen, da die Universität sonst sehr schnell in der Mittelmäßigkeit versinken würde.

Der Rektor versichert, dass die erfolgreiche Teilnahme an der Exzellenzinitiative aber keine Voraussetzung für die Deckung eines Haushaltsloches ist.

Das Rektorat wird an der Bewerbung festhalten. Jedoch unterstützt Prorektor Osten die Kritik an der zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulpolitik.

6. Studentisches Engagement kostet Zeit. Vor allem in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen fehlt diese Zeit. Wir fordern deshalb eine Anrechnung von Gremienarbeit (über Verlängerung der max. Studiendauer, Stipendien, oder ähnliches)
- Das Rektorat steht dieser Forderung prinzipiell positiv gegenüber. Jedoch verweist es auf bereits vorausgegangene Versuche, dies zu verwirklichen. Eine teilweise Rückzahlung von Studiengebühren birgt die Gefahr, dass sich Studierende nur aus diesem Grund in Gremien wählen lassen könnten.*

Das Rektorat fordert in diesem Punkt konkrete Vorschläge, die dem Senatsausschuss Lehre zugeführt werden sollen.

7. Die Rahmenvorgaben der Arbeitsgruppen des Rektorats zur strategischen Neuausrichtung (Masterplan 2) sind viel zu eng. Diese müssen gelockert werden. Es

sind maximal Zeit-, Kosten- und Profilverstellungen unverbindlich vorzuschlagen. Wir fordern außerdem den Erhalt der Fakultäten 9 und 10 als eigenständige Fakultäten. Im Lehramtsstudium soll mindestens der bisherige Status Quo der Fächerauswahl erhalten bleiben. Schließlich fordern wir mind. ein Viertel der Stimmen in beiden Gremien für die Studierenden und die Wahl des externen, nicht-stimmberechtigten Mediators durch die Arbeitsgruppen selbst.

Das Rektorat verspricht, dass alle bisher angebotenen Kombinationsmöglichkeiten im LA-Studium erhalten bleiben. NWT wird als neues Fach eingeführt.

Die Vorgaben für die Arbeitsgruppen betrachtet der Rektor als offen und weniger reglementiert als der studentische Vorschlag.

Die Besetzung der Arbeitsgruppen wird entweder komplett extern oder intern geschehen. Im Falle einer internen Besetzung kann sich das Rektorat eine Einbeziehung der Studierendenschaft (mit etwa viertelparitätischer Anzahl) vorstellen.

8. Wir fordern Änderungen in der Rahmenprüfungsordnung in folgenden Punkten:
 - wir fordern die Abschaffung der maximalen Studiendauer
 - wir fordern die Einführung eines Teilzeitstudiums
 - Die Wahlmöglichkeiten in den modularisierten Studiengängen müssen auf den Umfang von den alten Dipl. und Magister-Studiengängen ausgeweitet werden
 - Studierende in Prüfungsausschüssen bekommen aktives Stimmrecht
 - *max. Studiendauer: Verweis auf LHG, das jedoch ziemlich großzügig ist*
 - *Teilzeitstudium: angenommen (wird auf den Weg gebracht)*
 - *Wahlmöglichkeiten bei Modularisierung --> Modernisierung des Eckwertepapiers¹ (Modernisierung des bisherigen Eckwertepapiers unter Miteinbeziehung der studentischen Vertreter und der Besetzer. Auftrag an die Studienkommission Vorschläge zu den Fachcurricula)*
 - *Prüfungsausschuss Mitbestimmung --> rechtlich kritisch, da die Studierenden dann über ihre eigenen Prüfungsleistungen bestimmen könnten*

9. Jedem Bachelorabsolventen muss ein Masterplatz garantiert werden.
 - *Rektorat unterstützt diese Forderung ggü. dem Land (auch lokal)*
 - *Wird sich wohl im März beim Bildungsgipfel ergeben*

¹ Die Universität hat keine einheitliche Rahmenprüfungsordnung (RPO). Die RPOs der einzelnen Studiengänge orientieren sich an einem so genannten Eckwertepapier.

10. Anwesenheit sollte qualitativ, nicht quantitativ bewertet werden. Deshalb fordern wir eine Abschaffung der Anwesenheitspflicht in Seminaren und Vorlesungen.

- *Anwesenheitspflicht in VL wird geklärt --> Abschaffung durchs Rektorat*
- *Anwesenheitspflicht in Seminaren --> Darüber wird nachgedacht*

11. Wir fordern das Rektorat auf, unseren Forderungskatalog gegenüber der Landesregierung und dem Wissenschaftsministerium zu unterschreiben und zu vertreten.

- *Über Landesforderungen wird gesprochen, wenn sie vorliegen. Prinzipiell wird das Rektorat unterschreiben, was es vertreten kann.*

- Wir fordern mindestens 3 Studierende als Gäste in der Senatssitzung am 16.12.2009, um die Forderungen vorzutragen

Forderung vom Rektorat angenommen

- bis zu dieser Senatssitzung wird der Hörsaal definitiv nicht freigegeben

Der Rektor bietet zwei Möglichkeiten an:

(1) Ultimatum bis Montag 7.12. 2009 / 24:00 Uhr, danach entweder Räumung oder Umzug in 17.02

(2) Ultimatum bis Senatstermin 16.12. 2009 unter der Bedingung, dass die zwei ausfallenden (nicht verlegbaren) Veranstaltungen in 17.01 ab kommender Woche wieder stattfinden können. Danach entweder Räumung oder Umzug in 17.02

- Eine mögliche Räumung des Hörsaals sollte ohne Strafanzeige erfolgen

Der Rektor sichert uns zu, dass es nur im schlimmsten Fall zu einer Anzeige kommen wird. Was jedoch der schlimmste Fall ist, ließ er offen

Kanzlerin Buhlmann fordert uns auf, dem Bildungsstreik-Bündnis mitzuteilen, dass es ein Gesprächsangebot bezüglich der Demo von der Polizei gibt. Kontaktdaten bitte an Frau Buhlmann